



gegen Islamophobie und
politische Ideologisierung
von Religion

Herausforderungen und Chancen von lokalen Konflikten in der Einwanderungsgesellschaft

**Dialogstrategien für ein gleichberechtigtes Miteinander im
Gemeinwesen**



Inhalt

Moscheebau - Chance und Nutzen von Konflikten im Gemeinwesen.....	3
Wozu eine Konfliktanalyse?	5
Interventionsfall Moscheebaukonflikt in Berlin-Heinersdorf	8
Interview mit den Beraterinnen und dem Projektleiter des Beratungsteams.....	11
Interventionsfall Islamisches Kulturzentrum in Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf.....	14
Literatur.....	16
Internetadressen.....	16

Moscheebau - Chance und Nutzen von Konflikten im Gemeinwesen

Um den Neubau von Moscheen sind in der Vergangenheit immer wieder Konflikte in Deutschland aufgetreten, die jedoch von der Stadtgesellschaft unterschiedlich bearbeitet werden können.

In einigen Fällen wird die Auseinandersetzung von Bezirkspolitik, Verwaltung und Zivilgesellschaft als rein baurechtliche Maßnahme behandelt, in anderen Fällen wurde der Konflikt genutzt, um nachhaltige Dialogstrukturen zwischen den Akteuren in der Kommune aufzubauen.



Diese Handreichung stellt Möglichkeiten und Methoden der Intervention bei Moscheebaukonflikten vor und bezieht sich dabei exemplarisch auf einen Fall in Berlin, der maßgeblich zur Erprobung und Weiterentwicklung des Beratungsansatzes von PRO-AKTIV des Mobilen Beratungsteams »Ostkreuz« der Stiftung SPI beigetragen hat. Statt sich auf die Gretchenfrage von „Für oder Gegen den Moscheebau“ zu konzentrieren, will das MBT »Ostkreuz« einen Diskurs über Integration und Zusammenleben im Gemeinwesen herstellen, Polarisierungen durch das Angebot differenzierter Perspektiven entschärfen sowie Dialog- und Beteiligungsräume eröffnen.

Vor jeder Beratung steht die Analyse. Deshalb wird im ersten Artikel auf das Verständnis von Konflikten und die Methode der Konfliktbearbeitung im Zusammenhang mit Moscheebauvorhaben eingegangen.



Zwei Fallbeispiele erläutern die Ausgangssituation vor den Beratungen und die anzutreffenden ProblemLAGEN.

Die Darstellung idealtypischer Phasen im Beratungsprozess sowie Stolpersteine und Ideen für

Erfolgsrezepte stellen einen weiteren praktischen Teil der Broschüre dar.

Was bei Interventionen in „ethnisierten und konfessionalisierten“ Konflikten zu beachten ist und welche Rolle die Beratenden spielen, wird im Interview mit zwei Beraterinnen deutlich.



Wozu eine Konfliktanalyse?

Immer häufiger bestimmen prekäre gesellschaftspolitische Verhältnisse, ethnisierte oder konfessionalierte Konflikte das Zusammenleben in Deutschland.

„Konflikte sind eine unvermeidbare und für den sozialen Wandel notwendige Begleiterscheinung des Zusammenlebens in allen Gesellschaften. Sie sind ein Ausdruck von Spannungen und Unvereinbarkeiten zwischen verschiedenen, voneinander abhängigen Parteien in Hinblick auf ihre jeweiligen Bedürfnisse, Interessen und Wertvorstellungen. Zu gesamtgesellschaftlichen Krisen und destruktiven Eskalationen führen solche Auseinandersetzungen vor allem in Phasen tiefgreifender sozioökonomischer Veränderungen und politischer Transformation; also dann, wenn es um die Neuverteilung von Lebenschancen und Partizipationsmöglichkeiten verschiedenen Gruppen geht“ (Ropers 1995:14).

Projekte der Konfliktintervention arbeiten nicht *neben*, sondern immer *im* Konflikt. Manchmal ist ihr Thema direkt auf den Konflikt bezogen, manchmal nur indirekt. Sie können versuchen, den Konflikt von außen zu betrachten oder aber diesen bewusst zu berücksichtigen und Risiken zu minimieren oder/und einen direkten Beitrag zur Konfliktbearbeitung leisten.

Eine wesentliche Voraussetzung für Intervention in Konfliktsituationen ist ein vertieftes Verständnis der lokalen Situation. Es handelt sich um eine „Nahaufnahme“ des Konflikts, bei der ausführlich auf die lokalen Konfliktursachen sowie auf die einzelnen Konfliktakteure eingegangen werden kann. Oft stellt sich dabei heraus, dass es sich nicht nur um einen Konflikt handelt, sondern dass sich eine ganze Palette von Konfliktursachen überlagert. Bei der Erarbeitung der Problemfelder ist es wichtig, die Sichtweisen und Problemdefinitionen der Bewohner/innen und Akteure des Gemeinwesens mit einzubeziehen.



Eine Konfliktanalyse kann Beratungsteams dabei unterstützen:

- unterschiedliche gesellschaftliche Konfliktlagen zu reflektieren
- die Auswirkungen dieser Konflikte auf die lokale Bevölkerung sowie deren Umgangsweisen mit dem Konflikt zu verstehen
- Strategien für die eigene Organisation zur Bearbeitung, Minderung und Überwindung dieser Konflikte zu entwickeln
- konfliktbezogene Projektanträge oder Angebote vorzubereiten oder auf ihren Umgang mit dem Konflikt hin zu bewerten
- die Strategie und Implementierung des Projektes im Hinblick auf die Konfliktsituation zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen

Die *Do No Harm* – Analyse ist ein Instrument aus der Internationalen Zusammenarbeit und kann Hilfestellungen bei der Bestimmung und Bearbeitung von unterschiedlichen Konflikten geben. Mit dieser Methode lässt sich eine Risikoabschätzung von Interventionen im Gemeinwesen vornehmen, darüber hinaus dient sie der Auswertung von Wirkungen der eigenen Projektarbeit.

Das *Do No Harm* - Schema geht davon aus, dass es in jedem Konflikt Faktoren gibt, die die Menschen voneinander trennen (*dividers*), sowie Faktoren, die die Menschen miteinander verbinden (*connectors*).

Diese Faktoren können in den Bereichen Strukturen und Institutionen, Einstellungen und Handlungen, Orte und Regionen, Werte und Interessen, Erfahrungen und Symbole liegen.

Projekte sind aufgefordert, die *connectors* zu stützen und die *dividers* zu schwächen.

Do No Harm-Analyseschema

Dividers	Projektvorhaben	Connectors
Strukturen und Institutionen	Was ?	Strukturen und Institutionen
Einstellungen und Handlungen	Wie?	Einstellungen und Handlungen
Orte und Regionen	Wo?	Orte und Regionen
Werte und Interessen	Wer?	Werte und Interessen
Erfahrungen	Wann?	Erfahrungen
Symbole	Warum?	Symbole

Der erste Schritt der *Do No Harm* - Methode besteht in einer Analyse des Konfliktkontexts. Dabei wird eine umfassende Identifikation der *Dividers* und *Connectors* vorgenommen. Zu den Dividers gehören nach *Do No Harm* alle Faktoren, die die bestehende Polarisierung der Bevölkerung in antagonistische Konfliktparteien aufrechterhalten. Zu den Connectors werden dagegen die Faktoren gezählt, die die Menschen - immer noch - miteinander verbinden.

Um die große Zahl der *Connectors* und *Dividers* zu strukturieren, werden sie verschiedenen Ebenen zugeordnet.

Diese umfassen

1. Systeme und Institutionen (z. B. Infrastruktur, Märkte)
2. Einstellungen und Handeln (z. B. Rassismus)
3. Orte und Regionen (z. B. Marktplatz)
4. vergangene und aktuelle Erfahrungen (z. B. Stigmatisierung)
5. Werte und Interessen (z. B. Religionen)
6. Symbole und Feste (z. B. Denkmäler, nationale Gedenktage)

Im zweiten Schritt wird die Arbeitsweise des Projektvorhabens detailliert analysiert. Dabei geht es um jeden Aspekt: Auftrag, Finanzierung und Beziehungen zum Auftraggeber sowie das „was, wie, wo, wer, mit wem, wann und warum“ der Projektarbeit. Dem liegt die Erfahrung zugrunde, dass in Konfliktsituationen jeder Aspekt eines Projektes, einschließlich scheinbar unwichtiger Details, eine Wirkung haben kann.

Zum Schluss wird jede Dimension des Vorhabens mit den *Dividers* und *Connectors* abgeglichen. Positive und negative Wirkungen werden als *Divider Impact* oder *Connector Impact* festgehalten. Wo negative Wirkungen entdeckt werden, überlegt das Projektteam, wie das Vorhaben so angepasst werden kann, dass die Wirkung in Zukunft vermieden wird. Dies kann eine alternative Art der Zielgruppenauswahl oder einen neuen Maßnahmenplan bedeuten. Wo sich positive Wirkungen abzeichnen, wird andererseits überlegt, wie diese verstärkt und nachhaltig gemacht werden können.

Das Beratungsteam kann mit Hilfe dieses Ansatzes bei der Bestimmung der Zielgruppen, der Priorisierung von Problem- und Handlungsfeldern sowie bei der Entwicklung von gemeinsamen Umsetzungsstrategien Unterstützung leisten. Handlungsempfehlungen können sein: Eine stärkere Einbeziehung von „vermittelnden“ Aktivitäten, die Zusammenführung verschiedener Konfliktakteure, die Integration einer Konfliktbearbeitungskomponente (Mediation) oder die Formulierung eines Fortbildungsbedarfs.

Interventionsfall Moscheebaukonflikt in Berlin-Heinersdorf

Im Ortsteil Heinersdorf des Berliner Bezirks Pankow führte der positive Bescheid einer Voranfrage zum Bau einer Moschee der Ahmadiyya-Muslim-Gemeinde zu ersten Protesten bei der Bevölkerung: Ein großer Teil der alteingesessenen Heinersdorfer/innen – später als eingetragener Verein Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bürger e.V. „ipahb“ organisiert – protestierte mit Vehemenz gegen das geplante Bauvorhaben.

Die Kritik der ansässigen Bürger/innen: Die Gemeinde sei bisher im Ortsteil nicht ansässig gewesen, weshalb auch kein Grund für einen Moscheebau in Heinersdorf bestehe. Andererseits wurde die muslimische Gemeinde für ihre religiösen Ansichten angegriffen, die von der Bürgerinitiative als islamistisch eingestuft wurden. Als drohendes Szenario malte man dabei immer wieder das Bild einer bevorstehenden Islamisierung der Bundesrepublik.

An diesen Sorgen und Ängsten der Bevölkerung versuchten auch Rechtsextremisten wie die NPD und die „Freien Nationalisten“ politisches Kapital zu schlagen. Die Heinersdorfer Bürger/innen und die führenden Vertreter/innen der ipahb waren zwar mehrheitlich bemüht, sich von Rechtsextremist/innen abzugrenzen – islamfeindliche Stereotypen und Feindbilder, die bis weit in die Mitte der Gesellschaft reichen, boten jedoch immer wieder Ansatzpunkte für die neonazistische Szene, die auch an Demonstrationen der ipahb teilnahm.

Das Bauvorhaben selbst war nach allen Regeln des demokratischen Rechtsstaates legal. Dem Verfassungsschutz lagen keine Erkenntnisse über verfassungsfeindliche Bestrebungen der Ahmadiyya-Muslim-Gemeinde vor.

Allerdings bietet der von der Ahmadiyya vertretene Islam durchaus Anlass zu Nachfragen bzw. zu einem kritischen Dialog mit anderen Muslim/innen und mit Nichtmuslim/innen. Dazu zeigte sich die Ahmadiyya-Gemeinde auch immer wieder bereit und bemühte sich aktiv um Gespräche mit ihren künftigen Nachbarn. Nach langjähriger Standortsuche für ihr Bauvorhaben blieb aufgrund des Bebauungsplans, der Kosten des Grundstücks sowie der Erreichbarkeit schließlich einzig das Grundstück in Heinersdorf.

Die ersten Demonstrationen der Bürgerinitiative gegen den geplanten Moscheebau riefen nicht nur Rechtsextremist/innen und antifaschistische Gegendemonstrant/innen auf den Plan, auch die regionalen und überregionalen Medien zeigten großes Interesse am ersten Moscheebauvorhaben in Ost-Berlin: Die Moschee wurde zum Politikum, und die Auseinandersetzung kreiste um polarisierende Schlagwörter und Parolen wie „Zwangsheirat“, „Kopftücher“ und „Terroranschläge“, „xenophobe Ostdeutsche“ und „rotes Medienkartell“.

Zu diesem Zeitpunkt wurde auch das MBT »Ostkreuz« der Stiftung SPI vom Integrationsbeauftragten des Landes angefragt, in diesem Konflikt zu intervenieren. Die Mitarbeiter/innen des Teams führten zunächst Gespräche mit allen Akteuren und Konfliktparteien, die Gesprächsbereitschaft zeigten. Zu diesem Zeitpunkt war es wichtig, die unterschiedlichen Perspektiven des jeweiligen Anderen zu erfra-



gen und sichtbar zu machen sowie ein detailliertes Bild der unterschiedlichen Konfliktlagen zu erstellen.

Nach diversen Vorgesprächen mit lokalen und bezirklichen Akteuren organisierte und moderierte das Mobile Beratungsteam »Ostkreuz« der Stiftung SPI vor Ort mehrere Gesprächsrunden, die dem Kennenlernen und kritischen Dialog dienen sollten. Daran nahmen neben Vertreter/innen der Ahmadiyya vor allem Heinerdorfer Bürger/innen (sowohl Mitglieder der ipahb als auch Heinersdorfer/innen v.a. aus der „bürgerlichen Mitte“, die das Bauvorhaben als legitime Ausübung der Religionsfreiheit betrachten) teil:

06.06.2006 „Miteinander statt übereinander reden“ in der Grundschule am Wasserturm

25.08.2006 „Religion, Religionsfreiheit und Extremismus“ mit Innensenator Dr. Erhart Körting in der Grundschule am Wasserturm

15.09.2006 „Islam und Politik/Staat“ mit Claudia Dantschke (Journalistin und Islamexpertin) und Abdullah Wagishauser (National-Amir der Ahmadiyya-Muslim-Gemeinde in Deutschland) in der Jugendfreizeiteinrichtung Mahlerstraße 20 (Pankow-Weißensee)

Um vertrauensvolle Dialogprozesse zu moderieren, waren eine emphatische aber auch eine klare und strukturierende Position der Berater/innen notwendig. Diese ermöglichte, eigene Einstellungen und Meinungen immer wieder selbstbestimmt zu überprüfen und gleichzeitig die Komplexität des Konflikts aufzunehmen.

Dabei zeichneten sich zahlreiche weitere Konfliktlinien ab, die erst bei genauerem Hinsehen sichtbar wurden, aber ebenfalls tragend für die offensichtlich zu Tage tretende Konfliktlage waren: Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschen, Alt- und Neuheinersdorfer/innen sowie politischer Elite und tatsächlichen oder auch vermeintlichen Bürgerrechtler. Hinzu kam als Kernkonflikt das Gefühl vieler Heinersdorfer, in einem von Politik und Kommune „vergessenen Tal“ eingeklemmt zwischen Alt-Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee zu leben und kaum Gestaltungsmöglichkeiten im Gemeinwesen zu haben. Vor diesem Hintergrund entwickelten die Heinersdorfer/innen ein identitäres Grundgefühl von Bevormundung, Benachteiligung, mangelnder Anerkennung und gefühlter Nichtteilhabe.

Die Dialogrunden wurden in den folgenden Monaten erweitert. Politiker/innen und Personen aus der Verwaltung wurden eingeladen, und die Heinersdorfer/innen stellten sich unabhängig vom Ausgangskonflikt des Moscheebaus die Frage, wie sie zukünftig ihr Gemeinwesen gestalten wollten.

Parallel gründete sich die Initiative „Heinersdorf, öffne Dich“. Hier fanden sich ansässige Bürger/innen aus unterschiedlichen Spektren zusammen, die dem Moscheebau mit einer toleranten Haltung begegneten.



Die Initiative „Heinersdorf öffne Dich“ regte die Durchführung einer Zukunftswerkstatt an. Diese wurde im November 2006 vom MBT »Ostkreuz« der Stiftung SPI organisiert und mündete in eine eigene Initiative – die „Zukunftswerkstatt Heinersdorf“.

Die Initiative „Zukunftswerkstatt Heinersdorf“ plante im Weiteren gemeinsam mit dem Mobilen Beratungsteam »Ostkreuz« eine Zukunftskonferenz, die vom 16. bis 18.11.2007 in der Turnhalle der Grundschule am Wasserturm stattfand. Zur Konferenz war ein breites Spektrum von Heinersdorfer Bürger/innen, verschiedene Akteure aus Politik und Verwaltung sowie Mitglieder der Ahmadiyya-Muslim-Gemeinde eingeladen. So fanden Bürger/innen mit ganz verschiedenen Ansichten und Anliegen auch mit Pankower Politiker/innen von SPD, Linkspartei, Bündnis‘90/Die Grünen und CDU zu Gesprächen zusammen, die über die Entwicklung gemeinsamer Visionen schließlich zu konkreten Zielen und Projekten führten.

Die Konferenz hat nicht nur gezeigt, dass es Heinersdorfer/innen gibt, die sich für das nachbarschaftliche Miteinander und die Entwicklung ihres Gemeinwesens engagieren. Sie verdeutlichte auch, dass es in Heinersdorf kein Meinungsmonopol der Moscheebaugegner/innen, sondern eine Vielfalt verschiede-

dener Ansichten und Anschauungen gibt. Dabei hat sie zu ergebnisorientierten Gesprächen zwischen Bürger/innen, Politik und Verwaltung beigetragen, auf die das bürgerschaftliche Engagement in Heinersdorf weiter aufbauen kann. Diesem Leitziel gemäß war es ein zentrales Anliegen der Zukunftskonferenz, Heinerdorfer Bürger/innen (sowohl Moscheebaukritiker/innen als auch Heinersdorfer/innen vor allem aus der „bürgerlichen Mitte“, die das Bauvorhaben als legitime Ausübung der Religionsfreiheit betrachten) miteinander, aber auch mit verantwortlichen Akteuren aus (bezirklicher) Politik und Verwaltung ins Gespräch zu bringen, um Ideen für ein tolerantes, demokratisches und stadtplanerisch entsprechend ausgerichtetes Gemeinwesen zu entwickeln. Und zwar ohne Ausgrenzung von Mitgliedern der Ahmadiyya-Muslim-Gemeinde, die als religiöse Minderheit seit 2008 mit ihrer Moschee in Heinersdorf verortet und insofern als Teil des Gemeinwesens zu betrachten ist.

Ein zentrales Ergebnis der Zukunftskonferenz war die Gründung des Bürgervereins Heinersdorf, durch den das bürgerschaftliche Engagement für das nachbarschaftliche Miteinander von Menschen unterschiedlichster Herkunft und die konstruktive Partizipation der Heinersdorfer Bürger/innen an der Entwicklung ihres Gemeinwesens feste Formen annehmen konnte.

Interview mit den Beraterinnen und dem Projektleiter des Beratungsteams

■ Wer erteilt den Arbeitsauftrag?

Das hängt immer vom jeweiligen Konflikt im Gemeinwesen ab. In der Regel ist es aber die Selbstverwaltung des Stadtbezirks in Berlin, die sich an das Beratungsnetzwerk wendet. Also beispielsweise die Bezirksbürgermeister/in oder der/die Integrationsbeauftragte. Das Beratungsnetzwerk wiederum beauftragt das Beratungsteam mit dem Arbeitsschwerpunkt „Umgang mit ethnisierten und konfessionalierten Konflikten im Gemeinwesen“, den Kontakt mit den Auftraggebern vor Ort aufzunehmen. Es hört sich kompliziert an, doch von einer Anfrage an das Beratungsnetzwerk bis zur Arbeitsaufnahme des Beratungsteams vergehen nur ein paar Tage.

■ Womit beginnt die Beratung?

Der erste Schritt ist die Erstellung einer Konfliktanalyse. Dazu gehört eine erste vorläufige Lageeinschätzung, die sich zunächst auf eine Recherche des bisher veröffentlichten Materials (Zeitungen, Internetmeldungen) beschränkt. Um diese Perspektive zu überprüfen und den Konflikt genauer einzugrenzen, führen wir im zweiten Schritt Gespräche mit verschiedenen Akteuren aus dem Stadtbezirk. Dazu gehören im Falle eines Moscheebaukonflikts die politische Spitze und/oder der Integrationsbeauftragte der kommunalen Selbstverwaltung des Bezirks, lokale Akteure, die dem Moscheebauvorhaben eher tolerierend oder unentschlossen gegenüber stehen, Moscheebaugegner/innen, Funktionäre

und Mandatsträger/innen von demokratischen Parteien aus dem Stadtbezirk sowie Vertreter/innen der islamischen Gemeinde.

■ **Was ist das Ziel der Beratung?**

Zunächst soll herausgefunden werden, wie die Bevölkerung und die Akteure des Konflikts die Situation aus der jeweils eigenen Perspektive einschätzen, welche die zentralen Anliegen der einzelnen Gruppen sind und wie diese sich ihre jeweilige Ideallösung vorstellen. Wir versuchen eine Situation zu schaffen, in der die Akteure des Konflikts ihre Positionen auf der Grundlage gegenseitigen Respekts darstellen und miteinander verhandeln können. Ideal wäre, wenn tragfähige Lösungen gefunden würden, wie die geplante Moschee ins bezirkliche Gemeinwesen eingebunden werden kann.

Das Ziel der Gemeinwesenintervention ist es also, bei der Gestaltung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens eine zivilgesellschaftlich demokratische Dialog- und Streitkultur zu etablieren und eine Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement zu erreichen.

■ **In welcher Form können sich die Akteure austauschen, ohne in die alten Konfliktmuster zu geraten?**

Das Beratungsteam versucht im Laufe des Beratungsprozesses, unterschiedliche Akteure in zunächst kleinen, dialogfähigen Runden zusammen zu bringen. Im weiteren Verlauf kann der Personenkreis mit anderen relevanten Akteuren vergrößert werden, oder es werden punktuell Experten hinzugezogen.

Wichtig ist, dass die Versammlungen in einem geschützten Raum stattfinden und nicht öffentlich sind. Die Berater/innen moderieren die Diskussionen und versuchen, eine sachliche und differenzierte Debatte über den Moscheebaukonflikt zu führen. Darauf aufbauend, sollen konkrete Handlungsschritte entwickelt werden. Je nach Art des Konflikts können diese beispielsweise in ein gemeinsames Sicherheitskonzept für die Moschee (an dem die Nachbarschaft aktiv mitwirkt) oder in der Erarbeitung von Nutzungsplänen für gemeinwesenorientierte Projekte auf dem Gelände der Moschee münden.

■ **Wie sollte ein Beratungsteam idealtypisch aussehen?**

Wir arbeiten in einem interkulturellen, geschlechtergemischten Team. Es gibt unterschiedliche Fähigkeiten, fachliche Schwerpunkte und Erfahrungen der Berater/innen, so dass wir in der Lage sind, den Konflikt multiperspektiv zu betrachten. Es ist wichtig, die Bereitschaft zu haben, sich in das Konfliktgeschehen hineinzu begeben und die einzelnen Meinungen der Akteure aufzunehmen. In diesem Stadium kann die Beratungsarbeit auch als Aufbau von Vertrauensbildungsprozessen zwischen dem/der Berater/in und den Akteuren im Gemeinwesen gesehen werden. Gleichzeitig ist es notwendig, einen professionellen Abstand zum Konfliktgeschehen und seinen Dynamiken zu wahren.

Im Dialogprozess verhalten wir uns grundsätzlich offen moderierend. Was aber nicht heißt, dass wir keine Standpunkte vertreten. Die Grundlage unserer Arbeit sind die Grund- und Menschenrechte.

■ **Vor welchen Schwierigkeiten steht ein Beratungsteam, das sich interethnischen und interreligiösen Konflikten widmet?**

Es kommt immer darauf an, zu welchem Zeitpunkt die Arbeit des Beratungsteams beginnt. So gilt die Formel „Je früher im Konflikt aktiv, desto leichter ist es, in diesem zu agieren“. Wenn der Bau einer Moschee von städtischer Seite schon genehmigt ist und die Anwohner/innen dies aus der Zeitung oder von rechtsextremistischen Parteien und Gruppierungen erfahren, sind dies schwierige Ausgangsbedingungen. Dialogrunden dürfen sich nicht zu Expertenforen für religiöse Fragestellungen entwickeln, sondern müssen Raum lassen für Ängste und Fragen von Anwohner/innen, bei denen gemeinsam nach Antworten gesucht wird.

■ **Können Sie mir ein positives Beispiel für einen Beratungsprozess nennen?**

In Berlin-Kreuzberg leben viele unterschiedliche Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, die sich vielen verschiedenen religiösen und nicht-religiösen Gruppierungen zuordnen. Das Verhältnis zwischen Angehörigen unterschiedlicher Religionen ist dabei nicht immer konfliktfrei, sondern durch Vorurteile und Ablehnung gekennzeichnet.

2003 bildete sich eine Initiativgruppe, die das Gespräch zwischen Angehörigen unterschiedlicher Religionen in Berlin-Kreuzberg und das friedliche Zusammenleben im Gemeinwesen fördern wollte. Die Mitarbeiter/innen von Ostkreuz unterstützten von Beginn an diese Aktivitäten.

Ein Jahr später entstand aus diesem Kreis die „Initiative InterReligiöser Dialog in Kreuzberg“ (IRDiK). Bis heute gehen von IRDIK verschiedene Aktivitäten aus. Ich denke an das „Spätsommerfest“, bei dem rund 200 Vertreter/innen, Mitglieder und Besucher/innen unterschiedlicher Glaubensgemeinschaften, Projekte und Einrichtungen zusammenkamen. Auch die Floßfahrt „Arche Kreuzberg - für ein friedliches Miteinander in unserem Bezirk“, bei der junge Mitglieder aus der Evangelischen Gemeinde, der Jüdischen Gemeinde und der Türkisch-Islamischen Gemeinde sowie der Alevitischen Gemeinde teilgenommen haben, war ein beeindruckendes Ereignis. Im Jahr 2006/2007 entwickelte IRDIK eine „Charta der Religionen“ für den Bezirk Kreuzberg. Sie wurde von vielen christlichen und jüdischen Gemeinden, aber auch muslimischen und alevitischen Vereinen unterschrieben. Diese Aktivitäten waren auch die Vorläufer und Entwicklungsmotoren für den PRO-AKTIV- Ansatz von uns.

Interventionsfall Islamisches Kulturzentrum in Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf

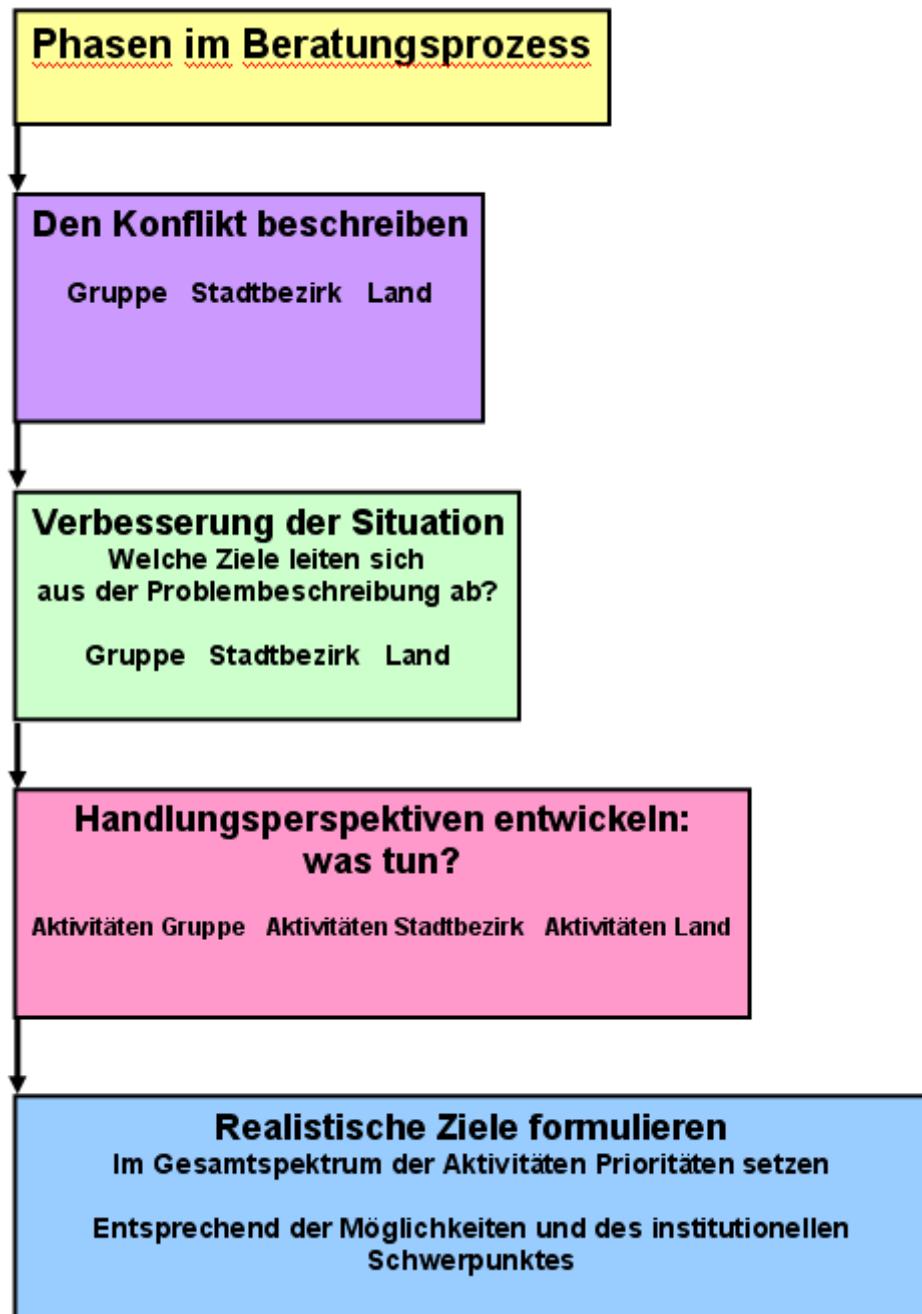
Bis 1920 war Charlottenburg eine selbstständige und wohlhabende Großstadt westlich des alten Berlin. Bei der Eingemeindung nach Berlin wurde daraus der Bezirk Charlottenburg, der 2001 mit dem Bezirk Wilmersdorf zusammengelegt wurde. In diesem Bezirk, der sich durch eine multikulturelle und liberale Lebensweise auszeichnet, wollte der muslimische Verein INSSAN ein islamisches Kulturzentrum mit einer Moschee bauen. Die Bezirksversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf begrüßte dieses Vorhaben, und der Verein beantragte einen Bewilligungsbescheid für ein Grundstück in der Nähe des Mierendorffplatzes. INSSAN e.V. ist in Fachkreisen ein umstrittener Verein, der eine konservative Auslegung des Islam propagiert und nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes Verbindungen zu islamistischen Gruppierungen hat.

Die Zeitungen berichteten über den geplanten Moscheebau, und Unmut begann sich zunächst in Form von Leser/innenbriefen zu regen. Dabei kamen verschiedene Ängste und Befürchtungen zum Ausdruck: Wird durch die Moschee eine konservative islamische Lebensweise in den Kiez hineingetragen? Werden Migrant/innen auf der Straße darauf angesprochen, dass sie kein Kopftuch tragen? Findet mit dem Moscheebau eine Islamisierung des Stadtteils statt?

Im Auftrag des Integrationsbeauftragten des Landes setzte sich das Beratungsteam mit der Migrationsbeauftragten des Bezirks in Verbindung, um gemeinsam mit ihr eine Strategie zur Gemeinwesenintervention zu entwickeln. Nach Auftragsklärung und in enger Absprache mit der Migrationsbeauftragten wurde mit einer Konfliktanalyse begonnen. Mit Beendigung der Presse- und Internetrecherche wurden die verschiedenen Akteure im Konflikt aufgesucht und ihre Perspektiven aufgenommen. Zentrale Gruppierungen in Charlottenburg waren die Bürgerinitiative „Menschen am Mierendorffplatz“, die muslimischen Vereine im Bezirk, Vertreter/innen aus der Bezirkspolitik, christliche Gemeinden und das Stadtteilbüro im Bezirk.

Die Konfliktlage stellte sich vielschichtig dar. So äußerten insbesondere die Anwohner/innen mit Migrationshintergrund Befürchtungen um den Verlust eines offenen, liberalen Lebensstils im Kiez. Als Kernkonflikt wurde jedoch auch in Charlottenburg das Verhalten von Politik und Verwaltung beschrieben, welche die Betroffenen des Gemeinwesens nicht frühzeitig mit in den Blick genommen hatten. Das Beratungs- und Interventionsteam entschied, sich zunächst mit einem interreligiösen Dialog zu beginnen. Dieser sollte nicht nur das gegenseitige Kennenlernen zwischen den Glaubensgemeinschaften befördern, sondern auch die Frage klären, wie die unterschiedlichen Glaubensgemeinschaften im Gemeinwesen verankert sind und welche Rolle sie dabei spielen können. Noch vor Zustandekommen der Dialogrunden wurde das Grundstück, das der Verein INSSAN kaufen wollte, an einen anderen Bieter vergeben. Nach Absprachen mit dem Bezirk wurde der interreligiöse Dialog

jedoch fortgeführt. Die Tatsache, dass das Bauvorhaben nicht umgesetzt wurde, ist dabei nicht als Erfolg der Moscheebaugegner zu werten, sondern gibt Anlass für eine langfristige interreligiöse Verständigung und Arbeit im Gemeinwesen, welche die Integration der vor Ort lebenden Muslime in ein demokratisches Gemeinwesen zum Ziel hat.



Literatur

Anderson, B. Mary (1999): DO NO HARM. How aid can support peace- or war. Lynne Rienner Publishers. London.

Hohmann, Pete (2008): Konflikte um Moscheen in Deutschland. Eine Fallstudie zum Moscheebauprojekt in Schlächtern (Hessen), VDM Verlag. Frankfurt am Main

Lederach, John Paul (2003): The little book of Conflict Transformation. Good Books. New York.

Ropers, Norbert/Tobias Debiel (Hg.): Friedliche Konfliktbearbeitung in der Staaten und Gesellschaftswelt. Bonn 1995.

Internetadressen

http://www.stiftung-spi.de/sozraum/sr_ostkreuzprojekte_05.html

http://www.moscheebau-in-berlin.de/index.php?option=com_content&task=view&id=269&Itemid=158

<http://www.menschenammierendorffplatz.org/>

http://www.menschenammierendorffplatz.org/wp-content/uploads/2008/05/inssan_pospap_presse-010508.pdf

Impressum

■ Herausgeber

Stiftung SPI

Sozialpädagogisches Institut Berlin – »Walter May«

Rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts, Sitz Berlin.

Anerkannt durch die Senatsverwaltung für Justiz. Sie unterliegt nach dem Berliner Stiftungsgesetz der Stiftungsaufsicht Berlins.

Der Gerichtsstand der Stiftung ist Berlin.

■ Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes

Hartmut Brocke, Vorstandsvorsitzender/Direktor

e-Mail: info@stiftung-spi.de

■ Redaktion

Stiftung SPI

PRO-AKTIV – gegen Islamophobie und politische Ideologisierung von Religion
beim

Mobilen Beratungsteam »Ostkreuz«

Schönhauser Allee 73

10437 Berlin

Fon: 030.41 72 56 28

Fax: 030.41 72 56 30

e-Mail: ostkreuz@stiftung-spi.de

Internet: www.stiftung-spi.de/ostkreuz und www.moscheebau-in-berlin.de

■ Copyrights

Die Stiftung SPI behält sich sämtliche Rechte auch an der Gestaltung und Struktur der Website vor. Nachdruck, Verlinkung, Aufnahme in elektronische Datenbanken, Mailboxes sowie Vervielfältigungen auf Speichermedien sind nur mit Angabe der Quelle und vorheriger Information und Freigabe durch die Redaktion gestattet. Alle Urheberrechte liegen bei der Stiftung SPI, sofern nicht anderes angegeben ist.

Das Projekt



beim
Mobilen Beratungsteam »Ostkreuz«
für Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Integration

wird gefördert durch



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

und


Der Beauftragte des Senats für
Integration und Migration



Landesprogramm
gegen Rechtsextremismus,
Rassismus und Antisemitismus